

# **DeutschlandOnline**

## **Strategie für integriertes E-Government**

### **I. Ausgangslage**

Eine moderne öffentliche Verwaltung ist Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. eGovernment leistet dazu einen entscheidenden Beitrag. Die Qualität des IT-Einsatzes und die Online-Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen sind ein Standortfaktor – für die einzelnen Länder und Kommunen und für Deutschland insgesamt.

eGovernment ist ein Motor für Verwaltungsreform und Entbürokratisierung: Mit Hilfe elektronischer Verwaltungsabläufe werden Verfahren vereinfacht und standardisiert und damit Bürger und Wirtschaft von bürokratischem Aufwand entlastet. Weiterhin stärkt eGovernment durch neue Wege der Information und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger die Demokratie. Diese Herausforderungen haben alle Verwaltungsebenen in Deutschland erkannt und bauen konsequent ein hochwertiges Online-Angebot auf.

Gutes eGovernment erfordert eine umfassende Integration und Optimierung der Verwaltungsprozesse – auf allen Verwaltungsebenen und ebenenübergreifend.

Diesem Ziel steht die gegenwärtig heterogene IT-Landschaft von Bund, 16 Bundesländern, über 300 Kreisen und weit über 13.000 Kommunen in Deutschland entgegen. Unterschiedliche Stellen entwickeln zeitgleich vergleichbare IT-Anwendungen: Für ca. 4 Millionen An- und Ummeldungen jährlich werden Dutzende von verschiedenen Softwarelösungen genutzt. Gleiches gilt für die 15 Millionen Kfz-Zulassungen, die mit zahlreichen Softwarelösungen realisiert werden. Bund, Länder und Kommunen betreiben über 7.000 Portale und Internetauftritte. Diese sind kaum integriert. Die begrenzten öffentlichen IT-Investitionen werden nicht optimal eingesetzt. Medienbruchfreie elektronische Abläufe zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind noch die Ausnahme, nicht die Regel.

Den Weg zur einer intensiveren Zusammenarbeit weisen positive Beispiele:

- Die Ministerpräsidentenkonferenz hat eine vom Bundesministerium des Innern ins Leben gerufene Staatssekretärsrunde mit der Koordinierung der eGovernment-Programme beauftragt.

- Bund, Länder und Kommunen haben sich auf einen gemeinsamen Standard für sicheren Datenaustausch (OSCI) und ein Gemeinschaftsprojekt für einen Zuständigkeitsfinder verständigt.
- Die Ergebnisse der MEDIA@Komm-Projekte in Bremen, Esslingen und der Region Nürnberg werden mit Unterstützung des Bundes für andere Kommunen nutzbar gemacht.

## II. DeutschlandOnline - Deutschlands eGovernment-Strategie

Bund, Länder und Kommunen verständigen sich auf eine gemeinsame eGovernment-Strategie DeutschlandOnline. Sie kommen überein, in einer eGovernment-Partnerschaft folgende Vorhaben voranzutreiben:

- **Portfolio:** Die wichtigsten ebenenübergreifenden Verwaltungsdienstleistungen werden online den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Die Bereiche Registerabfragen (Gewerberegister, Bundeszentralregister), Melde- und Personenstandswesen, amtliche Statistik, Kfz-Meldungen, BaföG und Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden als prioritäre Modellprojekte angesehen.
- **Portale:** Der Zugang zu eGovernment-Dienstleistungen der Verwaltungen wird durch die Herstellung der notwendigen Interoperabilität der Internet-Portale verbessert.
- **Infrastrukturen:** Gemeinsame eGovernment-Infrastrukturen werden auf- und ausgebaut, um den Datenaustausch zu erleichtern und Doppelentwicklungen zu vermeiden.
- **Standards:** Bund, Länder und Kommunen werden gemeinsame Standards sowie Daten- und Prozessmodelle für eGovernment schaffen.
- **Transfer:** Der Transfer von eGovernment-Lösungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird verbessert, Know-how multipliziert und Parallelentwicklungen vermieden.

Die Strategie DeutschlandOnline nutzt die Stärken des Föderalismus: Zum einen gehen einzelne Partner nach dem Grundsatz „Einige-für-alle“ mit Modelllösungen voran. Andere Partner sollen davon profitieren: Durch koordiniertes Vorgehen und ohne zentrale Bürokratie nutzen die anderen Partner diese Entwicklungen. Zum anderen werden geeignete Vorhaben in Kooperation durchgeführt.

Bund, Länder und Kommunen erarbeiten ein gemeinsames Geschäftsmodell, auf dessen Basis eGovernment-Entwicklungen des Bundes, der Länder und der Kommunen den anderen Gebietskörperschaften zur Nutzung angeboten werden können.